**Europäisches Parlament**
2014-2019

*Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung*

**2018/0172(COD)**

3.10.2018

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

für den Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt
(COM(2018)0340 – C8-0218/2018 – 2018/0172(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Bronis Ropė

PA_Legam

## KURZE BEGRÜNDUNG

Ziel dieser Richtlinie ist es gemäß Artikel 1, „die Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt, insbesondere das Meeresmilieu, und die menschliche Gesundheit zu vermeiden und zu vermindern“.

Der Ausschuss für Landwirtschaft hielt es daher für wichtig, in seiner Stellungnahme besonders auf die mit der Landwirtschaft zusammenhängende Verschmutzung durch Kunststoffabfälle einzugehen, auch wenn die Probleme infolge der Verschmutzung durch Kunststoffabfälle andernorts oder in anderen Regionen akuter sein mögen. Bei ihrem Vorschlag zur Verringerung der Verschmutzung durch Einwegkunststoffprodukte stützt die Kommission sich auf eine Folgenabschätzung, bei der die wichtigsten Kategorien von großteiligen Kunststoffabfällen berücksichtigt werden, die im Durchschnitt in der EU als Meeresabfälle enden, und dies wird in ihrem Entwurfskonzept besonders hervorgehoben.

Zunächst sollte darauf hingewiesen werden, dass Kunststoffe, die auf Felder oder in das landwirtschaftliche Ökosystem gelangen, von Tieren aufgenommen werden oder in aquatische Ökosysteme gelangen und im Meer landen können. In ähnlicher Weise werden die Kunststoffabfälle, die in den Boden eindringen, schließlich zerteilt oder durch Bodenorganismen in kleinere Stücke zersetzt, darunter auch Mikrokunststoffe; sie landen im Bodenwasser und können in Süßwasser- und anschließend in Meeresökosysteme gelangen. Dieser zweite Weg wird bei der Folgenabschätzung über Meeresabfälle, deren Schwerpunkt auf größeren Gegenständen liegt, nicht berücksichtigt.

Zweitens gibt es bestimmte Arten der Verschmutzung durch Kunststoffabfälle, die regional oder lokal häufig vorkommen und mit einer bestimmten Art der Landnutzung in Zusammenhang stehen, bei der Kunststoffe im Rahmen der Landwirtschaft verwendet werden. Verschärft werden kann das Problem durch lokale Gepflogenheiten oder Infrastrukturen, z. B. haben viele Landwirte oder Produzenten Schwierigkeiten beim Recycling von gebrauchten Plastikfolien, und verschmutzte Kunststofffolien werden nicht angenommen.

Schließlich sei erwähnt, dass der Ansatz des Kommissionsentwurfs Sensibilisierungsmaßnahmen für die Verbraucher, in diesem Fall für Nutzer wie Landwirte, ermöglicht, die in Form von Informationen über die Entsorgung und das Recycling von Kunststoffen, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden, Kennzeichnungsanforderungen, die erweiterte Verantwortung der Kunststoffhersteller usw. erfolgen können. Daher bedeuten solche Maßnahmen nicht unbedingt zusätzliche unzumutbare oder kostspielige Belastungen für die Landwirte.

## ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

**Änderungsantrag 1**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Bezugsvermerk 4 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 16. Januar 2018 über eine europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft (COM(2018)0028),*** |

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Aufgrund ihrer hohen ***Funktionalität*** und relativ niedrigen Kosten sind Kunststoffe im Alltagsleben immer stärker präsent. Ihre zunehmende Verwendung in kurzlebigen Produkten, die nicht dazu bestimmt sind, wiederverwendet oder kostenwirksam recycelt zu werden, führt dazu, dass die damit einhergehenden Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten immer ineffizienter und linearer werden. Daher gelangte die Kommission im Kontext ihres Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft[32] in der Europäischen Strategie für Kunststoffe[33] zu dem Schluss, dass dem steigenden Aufkommen an Kunststoffabfällen und deren Eintrag in die Umwelt ***und*** insbesondere ***ins*** Meeresmilieu ***entgegengesteuert werden muss***, wenn ein wirklich kreislauforientierter Lebenszyklus für Kunststoffe erreicht werden soll. | (1) Aufgrund ihrer ***bewährten*** hohen ***Verfügbarkeit*** und ***ihrer*** relativ niedrigen Kosten sind Kunststoffe im Alltagsleben immer stärker präsent. Ihre zunehmende Verwendung in kurzlebigen Produkten, die nicht dazu bestimmt sind, wiederverwendet oder kostenwirksam recycelt zu werden, führt dazu, dass die damit einhergehenden Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten immer ineffizienter und linearer werden. Daher gelangte die Kommission im Kontext ihres Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft[32] in der Europäischen Strategie für Kunststoffe[33] zu dem Schluss, dass dem steigenden Aufkommen an Kunststoffabfällen und deren Eintrag in die Umwelt ***entgegengesteuert werden muss –*** insbesondere ***dem Aufkommen von Abfällen, die sich negativ auf das*** Meeresmilieu ***auswirken, selbst wenn diese Abfälle nicht in der Nähe des Meeres entstehen –***, wenn ein wirklich kreislauforientierter Lebenszyklus für Kunststoffe erreicht werden soll. |
| [32] Mitteilung der Kommission an das | [32] Mitteilung der Kommission an das |

Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft“ (COM(2015) 614 final).

[33] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Eine Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft“ (COM(2018) 28 final).

Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft“ (COM(2015) 614 final).

[33] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Eine Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft“ (COM(2018) 28 final).

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Abfälle im Meer sind naturgemäß grenzüberschreitend und werden als globales Problem anerkannt. Die Verminderung des Aufkommens an Meeresabfällen ist wichtig für die Realisierung des UN-Nachhaltigkeitsziels Nr. 14, das ***darin besteht***, Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung zu erhalten und nachhaltig nutzen[36]. Die Union muss zur Bewältigung des Problems der Meeresabfälle ***ihren Beitrag leisten und*** sich bemühen, einen globalen Standard zu setzen. ***In diesem Kontext arbeitet die Union in zahlreichen internationalen Foren wie der G20, der G7*** und ***den Vereinten Nationen mit ihren Partnern zusammen***, ***um konzertiertes Vorgehen*** zu ***fördern***. Diese Initiative ist Teil der Arbeiten der Union in diesem Bereich. | (3) Abfälle im Meer sind naturgemäß grenzüberschreitend und werden als globales Problem anerkannt. ***Weltweit gelangen immer größere Abfallmengen in die Ozeane, wodurch die Intaktheit der Ökosysteme beeinträchtigt wird und Tiere getötet werden.*** Die Verminderung des Aufkommens an Meeresabfällen ist wichtig für die Realisierung des UN-Nachhaltigkeitsziels Nr. 14, das ***darauf abzielt***, Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung zu erhalten und nachhaltig nutzen[36]. Die Union muss zur Bewältigung des Problems der Meeresabfälle, ***zur Vermeidung der Entstehung von Abfällen und zur Bewirtschaftung von Meeresabfällen einen wirksameren Beitrag leisten*** und sich bemühen, einen globalen Standard zu setzen. In diesem Kontext arbeitet die Union in zahlreichen internationalen Foren wie der G20, der G7 und den Vereinten Nationen mit ihren Partnern zusammen, |

| | |
|---|---|
| | um konzertiertes Vorgehen zu fördern. Diese Initiative ist Teil der Arbeiten der Union in diesem Bereich. |
| [36] Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, angenommen von der UN-Generalversammlung am 25. September 2015. | [36] Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, angenommen von der UN-Generalversammlung am 25. September 2015. |

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (4) Multilaterale Verträge[37] und das Abfallrecht der Union[38] verpflichten die Mitgliedstaaten, eine sachgerechte Abfallbewirtschaftung zu gewährleisten, um die Vermüllung der Meere aus see- und landseitigen Quellen zu vermeiden und zu reduzieren. Das Wasserrecht der Union[39] verpflichtet die Mitgliedstaaten zudem, Abfälle im Meer zu bekämpfen, ***wenn das Erreichen eines guten Umweltzustands ihrer Meeresgewässer***, auch als Beitrag zum UN-Nachhaltigkeitsziel Nr. 14***, dadurch beeinträchtigt wird***. | (4) Multilaterale Verträge[37] und das Abfallrecht der Union[38] verpflichten die Mitgliedstaaten, eine sachgerechte Abfallbewirtschaftung zu gewährleisten, um die Vermüllung der Meere aus see- und landseitigen Quellen zu vermeiden und zu reduzieren. Das Wasserrecht der Union[39] verpflichtet die Mitgliedstaaten zudem, ***die Probleme, die durch*** Abfälle im Meer ***entstehen,*** zu bekämpfen, ***damit die Meeresgewässer durch Eigenschaften der Meeresabfälle, darunter ihre Menge und chemische Zusammensetzung, nicht beeinträchtigt werden***, auch als Beitrag zum UN-Nachhaltigkeitsziel Nr. 14. |
| [37] Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), Übereinkommen von 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (Londoner Übereinkommen) und dazugehöriges Protokoll von 1996 (Londoner Protokoll), Anhang V des internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (MARPOL), Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von | [37] Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), Übereinkommen von 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (Londoner Übereinkommen) und dazugehöriges Protokoll von 1996 (Londoner Protokoll), Anhang V des internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (MARPOL), Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von |

gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung.

[38] Richtlinie 2008/98/EG und Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 81).

[39] Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1) und Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) (ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 19).

gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung.

[38] Richtlinie 2008/98/EG und Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 81).

[39] Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1) und Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) (ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 19).

**Änderungsantrag 5**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (5) 85 % der Meeresabfälle (Strandmüllzählungen) in der Union sind Kunststoffe, wobei es sich zu 50 % um Einwegkunststoffartikel und zu 27 % um Gegenstände handelt, die mit der Fischerei zusammenhängen. Einwegkunststoffartikel umfassen eine breite Palette gängiger kurzlebiger Gebrauchsartikel, die nach einmaliger Verwendung zum vorgesehenen Zweck weggeworfen und nur selten ***recycelt*** werden und somit ***der*** Vermüllung ***Vorschub leisten***. Ein erheblicher Teil der auf dem Markt erhältlichen Fanggeräte wird nicht zur Behandlung gesammelt. ***Im Kontext der Vermüllung der Meeresumwelt sind*** Einwegkunststoffartikel und Fanggeräte | (5) 85 % der Meeresabfälle (Strandmüllzählungen) in der Union sind Kunststoffe, wobei es sich zu 50 % um Einwegkunststoffartikel und zu 27 % um Gegenstände handelt, die mit der Fischerei zusammenhängen. Einwegkunststoffartikel umfassen eine breite Palette gängiger kurzlebiger Gebrauchsartikel, die nach einmaliger Verwendung zum vorgesehenen Zweck weggeworfen und nur selten ***ordnungsgemäß entsorgt*** werden***, da es an funktionalen Wiederverwendungs- oder Recyclingsystemen mangelt*** und ***diese Artikel*** somit ***zu*** Vermüllung ***führen***. Ein erheblicher Teil der auf dem Markt erhältlichen Fanggeräte wird nicht zur Behandlung gesammelt. |

| | |
|---|---|
| mit Kunststoffanteil daher ein besonders gravierendes Problem und eine große Gefahr für die marinen Ökosysteme**,** die biologische Vielfalt der Meere und ***möglicherweise*** auch die menschliche Gesundheit und ***schädigen*** Branchen wie den Tourismus, die Fischerei und den Seeverkehr. | Einwegkunststoffartikel und Fanggeräte mit Kunststoffanteil ***sind*** daher ein besonders gravierendes Problem***, tragen zur Vermüllung der Meeresumwelt bei*** und ***stellen*** eine große Gefahr für die ***Tiergesundheit und damit die*** marinen Ökosysteme ***auf globaler Ebene sowie*** die ***heimische*** biologische Vielfalt der Meere ***dar, wenn sie eine potenziell toxische Wirkung auf Organismen haben*** und ***ein Substrat für Krankheitserreger sein können, die Krankheiten verbreiten. Sie können*** auch die menschliche Gesundheit und Branchen wie den Tourismus, die Fischerei und den Seeverkehr ***schädigen, trotz der geltenden EU-Rechtsvorschriften über die Verwendung von Kunststoffen in Lebensmittelbehältern***. |

**Änderungsantrag 6**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 5 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5a) Die EU sollte einen umfassenden Ansatz zur Bewältigung des Problems der Mikrokunststoffe verfolgen und alle Hersteller dazu anhalten, die Verwendung von primären Mikrokunststoffen in ihren Formulierungen ebenso strikt zu beschränken wie das Eindringen von Produkten, die sekundäre Mikrokunststoffe bilden, in Boden und Süßwasser und damit in marine aquatische Ökosysteme.*** |

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (7) Um Maßnahmen auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen sie am stärksten benötigt werden, sollte die vorliegende Richtlinie nur für die am häufigsten vorkommenden Einwegkunststoffartikel gelten, die schätzungsweise etwa 86 % aller Einwegkunststoffe repräsentieren, die bei Müllzählungen an Stränden in der Union vorgefunden wurden. | (7) Um Maßnahmen auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen sie am stärksten benötigt werden, sollte die vorliegende Richtlinie nur für die ***im Anhang aufgeführten Kategorien der*** am häufigsten vorkommenden Einwegkunststoffartikel gelten, die schätzungsweise etwa 86 % aller Einwegkunststoffe repräsentieren, die bei Müllzählungen an Stränden***/in Küstengewässern*** in der Union vorgefunden wurden***, sowie für Fanggeräte, die die Meere in erheblichem Umfang verschmutzen, und die am häufigsten in der Landwirtschaft eingesetzten Kunststoffartikel***. |

**Änderungsantrag 8**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(7a) Je nach Region wird die Verschmutzung durch sehr unterschiedliche Kunststoffprodukte bewirkt. In einigen Regionen tragen andere Kunststoffprodukte erheblich zur Meeresverschmutzung bei, wie die Überwachung im Kontext der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und durch die Zivilgesellschaft ergab. Hier sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, spezifische Maßnahmen gegen andere Kunststoffprodukte zu ergreifen, die auf nationaler oder lokaler Ebene überwiegen. So gibt es beispielsweise auch bei in der Landwirtschaft, in der Fischerei und bei anderen Wirtschaftstätigkeiten im Freien eingesetzten Kunststoffen Probleme in Bezug auf Bodenverschmutzung, niedrige Recyclingquoten und unsachgemäße*** |

***Entsorgung. Insbesondere kann es lokale Faktoren – wirtschaftlicher Art oder in Verbindung mit der bestehenden Infrastruktur – geben, durch die die Sammlung und das Recycling solcher Kunststoffe verhindert werden. Solche Kunststoffe, insbesondere in der Landwirtschaft eingesetzte Kunststoffe, sollten von Recycling- oder Entsorgungsbetrieben ohne unnötige Hindernisse angenommen werden und besser so konzipiert sein, dass sie einfacher recycelt oder entsorgt werden können. Die Mitgliedstaaten sollten sich über bewährte Verfahren austauschen, um die Effizienz und Wirksamkeit von Kunststoffrecyclingsystemen zu verbessern und vor allem die Abfallmenge zu reduzieren, was derzeit zu zusätzlichen Kosten für die Landwirte beiträgt.***

**Änderungsantrag 9**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(7b) Darüber hinaus kann es auf lokaler oder regionaler Ebene zu erheblicher Bodenverschmutzung und -kontamination durch größere Kunststoffteile und daraus resultierende Fragmente oder Mikrokunststoffe kommen. Auf lokaler Ebene kann diese aufgrund des intensiven Einsatzes von Kunststoff in der Landwirtschaft beträchtlich sein. Um die Auswirkungen von Kunststoffabfällen auf die Umwelt und die Gesundheit von Mensch und Tier zu verringern, sollte daher die Verschmutzung mit Kunststoffen, die von landwirtschaftlichen Flächen stammen, gründlich untersucht werden.*** |

**Änderungsantrag 10**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 7 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(7c) Auch wenn landwirtschaftliche Kunststoffartikel nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtmenge der verwendeten Kunststoffe und der erzeugten Kunststoffabfälle ausmachen, konzentriert sich ihre Nutzung auf bestimmte Gebiete. Darüber hinaus weisen die Kategorien landwirtschaftlicher Kunststoffprodukte eine sehr homogene Zusammensetzung auf, sodass der Abfallstrom für Recyclingunternehmen sehr wertvoll ist. Ein Großteil des landwirtschaftlichen Kunststoffes wird derzeit im Boden vergraben, auf den Feldern verbrannt, auf den Feldern entsorgt oder auf Deponien abgelagert. Dies stellt eine unmittelbare Gefahr einer nicht umkehrbaren Bodenkontamination, einer Verschlechterung der Bodenqualitätsmerkmale und möglicherweise auch für die Sicherheit der hergestellten Lebensmittel dar. Bei der Verbrennung werden Schadstoffe freigesetzt, einschließlich Stoffen mit endokriner Wirkung oder karzinogenen Eigenschaften. Daher sollte diese Richtlinie für die landwirtschaftlichen Einwegkunststoffartikel gelten, die in den jeweiligen Mitgliedstaaten am häufigsten verwendet werden.*** |

**Änderungsantrag 11**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 8**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (8) Einwegkunststoffartikel können aus einer Vielzahl von Kunststoffen hergestellt | (8) Einwegkunststoffartikel können aus einer Vielzahl von Kunststoffen hergestellt |

werden. Letztere sind gewöhnlich definiert als polymere Werkstoffe, denen eventuell Zusatzstoffe zugesetzt wurden. Bestimmte natürliche Polymere würden jedoch ebenfalls unter diese Definition fallen. Nicht modifizierte natürliche Polymere sollten ausgeschlossen werden, da sie auf natürliche Weise in der Natur vorkommen. Die Definition des Begriffs „Polymer“ gemäß Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates[43] sollte daher angepasst werden, und für die Zwecke dieser Richtlinie sollte eine separate Definition eingeführt werden. Mit modifizierten natürlichen Polymeren oder aus biobasierten, fossilen oder synthetischen Ausgangsstoffen hergestellte Kunststoffe sind in der Natur nicht natürlich vorhanden und sollten daher in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen. Die angepasste Definition des Begriffs „Kunststoff“ sollte folglich polymerbasierte Kautschukartikel sowie biobasierte und biologisch abbaubare Kunststoffe einschließen, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Biomasse gewonnen werden und/oder sich mit der Zeit zersetzen sollen. Bestimmte polymere Werkstoffe sind als Hauptstrukturbestandteil von Fertigmaterialien und -produkten wie Polymerbeschichtungen, Farben, Tinten und Klebstoffen ungeeignet. Diese Materialien sollten nicht unter diese Richtlinie fallen und sind folglich von der Definition auszuschließen.

[43] Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des

werden. Letztere sind gewöhnlich definiert als polymere Werkstoffe, denen eventuell Zusatzstoffe zugesetzt wurden. Bestimmte natürliche Polymere würden jedoch ebenfalls unter diese Definition fallen. Nicht modifizierte natürliche Polymere sollten ausgeschlossen werden, da sie auf natürliche Weise in der Natur vorkommen. Die Definition des Begriffs „Polymer“ gemäß Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates[43] sollte daher angepasst werden, und für die Zwecke dieser Richtlinie sollte eine separate Definition eingeführt werden. Mit modifizierten natürlichen Polymeren oder aus biobasierten, fossilen oder synthetischen Ausgangsstoffen hergestellte Kunststoffe sind in der Natur nicht natürlich vorhanden und sollten daher in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen. Die angepasste Definition des Begriffs „Kunststoff“ sollte folglich polymerbasierte Kautschukartikel sowie biobasierte und biologisch abbaubare Kunststoffe einschließen, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Biomasse gewonnen werden und/oder sich mit der Zeit zersetzen sollen. Bestimmte polymere Werkstoffe sind als Hauptstrukturbestandteil von Fertigmaterialien und -produkten wie Polymerbeschichtungen, ***- verkleidungen oder - schichten,*** Farben, Tinten und Klebstoffen ungeeignet. Diese Materialien sollten nicht unter diese Richtlinie fallen und sind folglich von der Definition auszuschließen.

[43] Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des

| | |
|---|---|
| Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1). | Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1). |

*Begründung*

*Polymerbeschichtungen, - verkleidungen oder - schichten haben Hygiene- und Lebensmittelsicherheitsfunktionen in mehrschichtigen Artikeln aus verschiedenen Materialien und können nicht selbst als Hauptstrukturbestandteile von fertigen Materialien oder Artikeln fungieren und auch nicht ohne andere Materialien verwendet werden, die als Hauptstrukturbestandteile dienen. Die Auslegung der Begriffsbestimmung von „Kunststoff" in dieser Richtlinie sollte an die Begriffsbestimmung in der Verordnung 10/2011/EG angepasst werden.*

**Änderungsantrag 12**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 8 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(8a) Für den Übergang von einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschaft und aus Klimaschutzperspektive sind Kunststoffe biologischen Ursprungs eine nachhaltigere Alternative als aus fossilen Brennstoffen hergestellte Kunststoffe. Dies steht auch im Einklang mit den Zielen der Kreislaufwirtschaft, der Bioökonomie-Strategie und der Kunststoffstrategie. Daher sollten Anreize, die auf den Ersatz fossiler Materialien durch biobasierte Materialien abzielen, gefördert werden. Die Kommission sollte in Erwägung ziehen, Anreize für einen Ersatz in künftige politische Vorschläge aufzunehmen und beispielsweise bei einer Überarbeitung der Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen (Richtlinie 2014/24/EU) Kriterien für Kunststoffe auf der Grundlage ihrer Zusammensetzung, des*** |

***Ausmaßes ihrer Recyclingfähigkeit und ihrer Gefährlichkeit aufzunehmen.***

*Begründung*

*In ihrer jetzigen Form ist die Verordnung in Bezug auf die Situation von Kunststoffen biologischen Ursprungs vage. Der Nutzen von Material biologischen Ursprungs für die Herstellung von Kunststoffen sollte anerkannt und gefördert werden, insbesondere seine positiven Auswirkungen als nachhaltigere Alternative zu polymerbasierten Kunststoffen hat und sein Beitrag zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen.*

**Änderungsantrag 13**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 9**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (9) Um den Geltungsbereich dieser Richtlinie klar abzugrenzen, sollte der Begriff „Einwegkunststoffartikel“ ***genau bestimmt*** werden. Von der Begriffsbestimmung auszuschließen sind Kunststoffprodukte, die konzipiert, entwickelt und auf den Markt gebracht wurden, um entsprechend ihrem ursprünglichen Verwendungszweck wiederbefüllt oder wiederverwendet zu werden, und somit während ihrer Lebensdauer mehrere Kreisläufe durchlaufen. | (9) Um den Geltungsbereich dieser Richtlinie klar abzugrenzen, sollte der Begriff „Einwegkunststoffartikel“ ***als für nur eine einzige Verwendung von kurzer Dauer konzipiertes und vermarktetes Produkt definiert*** werden. Von der Begriffsbestimmung auszuschließen sind Kunststoffprodukte, die konzipiert, entwickelt und auf den Markt gebracht wurden, um entsprechend ihrem ursprünglichen Verwendungszweck wiederbefüllt oder wiederverwendet zu werden, und somit während ihrer Lebensdauer mehrere Kreisläufe durchlaufen. |

**Änderungsantrag 14**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 9 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(9a) Durch die möglichst lange Erhaltung des Wertes von Produkten und Materialien und die Erzeugung von weniger Abfall kann die Wirtschaft der EU wettbewerbsfähiger und*** |

***widerstandsfähiger werden, während zugleich der Druck auf wertvolle Ressourcen und die Umwelt abnimmt.***

**Änderungsantrag 15**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 10**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (10) Abhängig von Faktoren wie der Verfügbarkeit geeigneter und nachhaltigerer Alternativen, der Möglichkeit, Verbrauchsgewohnheiten zu ändern, sowie der Frage, inwieweit sie bereits von geltenden Vorschriften der Union abgedeckt sind, ***sollten*** Einwegkunststoffartikel durch eine oder mehrere Maßnahmen geregelt werden. | (10) Abhängig von Faktoren wie der Verfügbarkeit geeigneter und nachhaltigerer Alternativen, der Möglichkeit, Verbrauchsgewohnheiten zu ändern, sowie der Frage, inwieweit sie bereits von geltenden Vorschriften der Union abgedeckt sind, ***müssen*** Einwegkunststoffartikel durch eine oder mehrere Maßnahmen geregelt werden***, wobei unter anderem die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Wahl alternativer Materialien insbesondere auf die Landwirtschaft zu berücksichtigen sind***. |

*Begründung*

*Dies dient zur Hervorhebung möglicher Auswirkungen der Verwendung von landwirtschaftlichen und biologisch abbaubaren Produkten als alternative Rohstoffe.*

**Änderungsantrag 16**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 12**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (12) Für andere Einwegkunststoffartikel sind geeignete, nachhaltigere und zudem erschwingliche Alternativen vorhanden. Um die negativen Umweltauswirkungen dieser Produkte zu begrenzen, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, ihr Inverkehrbringen auf dem Unionsmarkt zu verbieten. Die Verwendung dieser leicht | (12) Für andere Einwegkunststoffartikel sind geeignete, nachhaltigere und zudem erschwingliche Alternativen vorhanden. Um die negativen Umweltauswirkungen dieser Produkte zu begrenzen, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, ihr Inverkehrbringen auf dem Unionsmarkt zu verbieten. ***Dies sollte neben anderen*** |

| | |
|---|---|
| erhältlichen, nachhaltigeren Alternativen und innovative Lösungen für nachhaltigere Geschäftsmodelle, Wiederverwendungsalternativen und Ersatzwerkstoffe würden auf diese Weise gefördert. | ***spezifischen Kunststoffarten alle oxo-abbaubaren Kunststoffe umfassen, die nicht sicher biologisch abbaubar sind und daher keinen Umweltnutzen erbringen.*** Die Verwendung dieser leicht erhältlichen, nachhaltigeren Alternativen und innovative Lösungen für nachhaltigere Geschäftsmodelle, Wiederverwendung, kompostierbare Alternativen und Ersatzwerkstoffe würden auf diese Weise gefördert. |

*Begründung*

*Im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Flächen: Mulchfolien können beispielsweise oxo-abbaubar sein, wodurch sie die Bodenumgebung verunreinigen, während ein sicherer Abbau vorgegeben wird.*

**Änderungsantrag 17**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 12 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(12a) Die Richtlinie 94/62/EG in der durch die Richtlinie (EU) 2015/720/EG geänderten Fassung sieht in Artikel 20a Absatz 3 vor, dass die Kommission bis Mai 2017 die Rechtsvorschriften über Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Tragetaschen aus sehr leichtem Kunststoff auf der Grundlage einer Lebenszyklusfolgenabschätzung überarbeitet. Die Kommission hat diese Überarbeitung noch nicht durchgeführt. Da sehr leichte Kunststofftragetaschen oft weggeworfen werden, müssen Maßnahmen eingeführt werden, um ihr Inverkehrbringen [ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Richtlinie] einzuschränken.*** |

*Begründung*

*Gemäß Artikel 20a Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/720 musste die Kommission bis zum 27. Mai 2017 einen Bericht über die Auswirkungen der verschiedenen Möglichkeiten, den*

*Verbrauch an sehr leichten Kunststofftragetaschen während des gesamten Lebenszyklus zu verringern, und gegebenenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag vorlegen. Die Kommission hat diese Frist jedoch versäumt. Angesichts dieser Tatsache und damit nicht noch mehr wertvolle Zeit verloren geht, sollte in der zukünftigen Richtlinie auch das Problem sehr leichter Kunststofftragetaschen angegangen werden und sie sollten verboten werden.*

**Änderungsantrag 18**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 12 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(12b) Die Ersetzung oder Einschränkung von unter diese Richtlinie fallenden Kunststofferzeugnissen muss innerhalb einer angemessenen Übergangsphase erfolgen und in der Weise, dass die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Produktion und des Inverkehrbringens des als Alternative bestimmten neuen Erzeugnisses nicht gefährdet wird, insbesondere wenn davon auszugehen ist, dass es negative Auswirkungen auf die Identifizierung und den Anbau des für seine Herstellung erforderlichen Rohstoffs haben wird.*** |

*Begründung*

*Dies dient zur Hervorhebung möglicher Auswirkungen der Verwendung von landwirtschaftlichen und biologisch abbaubaren Produkten als alternative Rohstoffe.*

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 12 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(12c) Die Kommission erarbeitet bis 31.12.2019 einen Katalog, in dem spezifische Kriterien festgelegt werden, anhand deren festgestellt werden kann, ob die genannten Alternativen die*** |

***Anforderungen erfüllen, die derzeit an Einwegkunststoffanwendungen gestellt werden, ob sie mit dem geltenden Abfallrecht im Einklang stehen und ob eine erhöhte Nachhaltigkeit tatsächlich gewährleistet ist.***

*Begründung*

*Die genannten Alternativen müssen im Hinblick darauf geprüft werden, ob sie tatsächlich alle Anforderungen erfüllen können, die heute an Einwegkunststoffprodukte – vor allem solche mit Kontakt mit Lebensmitteln/Getränken – gestellt werden, und ob sie immer noch nachhaltiger sind. Diese Alternativen sollten nicht nur unter Bezugnahme auf spezifische Kriterien bewertet werden, sondern auch unter Berücksichtigung einschlägiger Rechtsvorschriften wie Zulassung von Lebensmittelkontakten, REACH, Recyclingfähigkeit (Abfallrahmenrichtlinie/Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle).*

**Änderungsantrag 20**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 14**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (14) Bestimmte Einwegkunststoffartikel gelangen in die Umwelt, weil sie unsachgemäß über die Kanalisation oder auf andere unzulängliche Weise entsorgt werden. Daher sollten für Einwegkunststoffartikel, die häufig auf diese Weise entsorgt werden, Kennzeichnungsvorschriften festgelegt werden. Die Kennzeichnung sollte Verbraucher über angemessene Methoden der Abfallentsorgung bzw. zu vermeidende Entsorgungsmethoden bzw. die negativen Umweltauswirkungen unsachgemäß entsorgter Abfälle informieren. Die Kommission sollte ermächtigt werden, ein einheitliches Format für die Kennzeichnung festzulegen und dabei, soweit zweckdienlich, zu testen, wie die vorgeschlagene Kennzeichnung von repräsentativen Verbrauchergruppen wahrgenommen wird, um sicherzustellen, dass die Kennzeichnung wirksam und verständlich ist. | (14) Bestimmte Einwegkunststoffartikel gelangen in die Umwelt, weil sie unsachgemäß über die Kanalisation oder auf andere unzulängliche Weise entsorgt werden. Daher sollten für Einwegkunststoffartikel, die häufig auf diese Weise entsorgt werden, Kennzeichnungsvorschriften festgelegt werden. Die Kennzeichnung sollte Verbraucher über angemessene Methoden der Abfallentsorgung bzw. zu vermeidende Entsorgungsmethoden bzw. die negativen Umweltauswirkungen unsachgemäß entsorgter Abfälle informieren. ***Der Inhalt der Kennzeichnung sollte zugleich die Verbraucher für die Gefahr sensibilisieren, die von Kunststoffabfällen für die Umwelt ausgeht.*** Die Kommission sollte ermächtigt werden, ein einheitliches Format für die Kennzeichnung festzulegen und dabei, soweit zweckdienlich, zu testen, wie die vorgeschlagene Kennzeichnung von repräsentativen Verbrauchergruppen |

wahrgenommen wird, um sicherzustellen, dass die Kennzeichnung wirksam und verständlich ist.

**Änderungsantrag 21**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 17 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(17a) Die Gebiete in äußerster Randlage sind von Abfällen im Meer, insbesondere Kunststoffabfällen, stärker betroffen, und sie haben keine ausreichenden Recyclingmöglichkeiten, da sie mit riesigen Mengen an Kunststoff zu tun haben, die aus dem Meer, aber auch aus der eigenen Nutzung stammen. Daher sollte ein europäischer Fonds geschaffen werden, der es ihnen erleichtert, ihre Meereszone zu reinigen und sich auch für die Vermeidung der Verwendung von Kunststoffen einzusetzen.*** |

**Änderungsantrag 22**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 17 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(17b) Die Mitgliedstaaten sollten für eine bessere Erfüllung der Verpflichtung sorgen, Abfälle getrennt zu sammeln, darunter Abfälle landwirtschaftlicher Kunststoffartikel. Sie sollten auch die Einführung von Auflagen in Verbindung mit der Behandlung von Kunststoffabfällen in Anhang III der Verordnung [Verordnung über GAP-Strategiepläne] prüfen.*** |

*Begründung*

*Eine ähnliche Anforderung besteht in Rechtsvorschriften zum Abfallmanagement von 2006 (England und Wales, 2005 in Schottland). Dadurch wurden Kontrollen der*

*Abfallbewirtschaftung auf die Landwirtschaft ausgeweitet. Eine der großen Veränderungen war, dass dem Verbrennen oder Vergraben landwirtschaftlicher Kunststoffe, einschließlich Ballengarnen, Silagefolien, Sprühdosen, Dünger- und Saatgutsäcken, ein Ende gesetzt wurde. Die Landwirte müssen auch einen zugelassenen und renommierten Abfallbewirtschaftungsbetrieb verwenden, um die Sammlung und das Recycling von Kunststoffen und anderen Abfällen zu organisieren.*

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 17 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(17c) In den GAP-Strategieplänen sollte das Problem der Kunststoffabfälle in der Landwirtschaft angegangen werden, und die Kommission sollte gegebenenfalls mittelfristig, bis 2023, eine Norm für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Land in Bezug auf Kunststoffabfälle als ein neues Element der erweiterten Konditionalität einführen. Die Landwirte würden im Rahmen der neuen Cross-Compliance-Anforderung verpflichtet, einen zugelassenen Abfallbewirtschaftungsbetrieb zu verwenden, um die Sammlung und das Recycling von Kunststoffen zu organisieren und den Nachweis darüber zu führen, dass die Behandlung von Kunststoffabfällen korrekt erfolgt ist.*** |

*Begründung*

*Eine ähnliche Anforderung besteht in Rechtsvorschriften zum Abfallmanagement von 2006 (England und Wales, 2005 in Schottland). Dadurch wurden Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf die Landwirtschaft ausgeweitet. Eine der großen Veränderungen war, dass dem Verbrennen oder Vergraben landwirtschaftlicher Kunststoffe, einschließlich Ballengarnen, Silagefolien, Sprühdosen, Dünger- und Saatgutsäcken, ein Ende gesetzt wurde. Die Landwirte müssen auch einen zugelassenen und renommierten Abfallbewirtschaftungsbetrieb verwenden, um die Sammlung und das Recycling von Kunststoffen und anderen Abfällen zu organisieren.*

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 20**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (20) Getränkeflaschen, bei denen es sich um Einwegkunststoffartikel handelt, zählen zu den an den Stränden der Union am häufigsten vorgefundenen Abfällen. Grund sind ineffiziente Getrenntsammelsysteme ***und*** die geringe Beteiligung der Bevölkerung an diesen Systemen. Es müssen unbedingt effizientere Getrenntsammelsysteme eingerichtet werden, und für Getränkeflaschen, bei denen es sich um Einwegkunststoffartikel handelt, sollte eine Mindestquote für die Getrenntsammlung festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten sollten diese Mindestquote erreichen können, indem sie im Rahmen der Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung Getrenntsammelquoten für Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff oder Pfandsysteme einführen oder andere Maßnahmen durchführen, die sie diesbezüglich für zweckdienlich erachten. Dies wird die Sammelrate, die Qualität des gesammelten Materials und die Qualität der Recyclate unmittelbar und positiv beeinflussen und für die Recyclingindustrie und den Rezyklatemarkt Chancen eröffnen. | (20) Getränkeflaschen, bei denen es sich um Einwegkunststoffartikel handelt, zählen zu den an den Stränden der Union am häufigsten vorgefundenen Abfällen. Grund sind ineffiziente Getrenntsammelsysteme**,** die geringe Beteiligung der Bevölkerung an diesen Systemen***, aber auch die physikalischen und chemischen Eigenschaften von Kunststoffen, die diese widerstandsfähig gegen Zersetzung machen und somit über Jahrzehnte oder Jahrhunderte in der Umwelt bestehen bleiben, nachdem die Kunststoffprodukte ihren Zweck erfüllt haben***. Es müssen unbedingt effizientere Getrenntsammelsysteme eingerichtet werden, und für Getränkeflaschen, bei denen es sich um Einwegkunststoffartikel handelt, sollte eine Mindestquote für die Getrenntsammlung festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten sollten diese Mindestquote erreichen können, indem sie im Rahmen der Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung Getrenntsammelquoten für Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff oder Pfandsysteme einführen oder andere Maßnahmen durchführen, die sie diesbezüglich für zweckdienlich erachten. Dies wird die Sammelrate, die Qualität des gesammelten Materials und die Qualität der Recyclate unmittelbar und positiv beeinflussen und für die Recyclingindustrie und den Rezyklatemarkt Chancen eröffnen. |

*Begründung*

*Kunststofffreie Gegenstände, die nicht in das Sammelsystem gelangen, sind weniger langlebig und zersetzen sich eher, weshalb die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich als Strand- oder Meeresabfälle anhäufen, geringer ist.*

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 20 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(20a) In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und ihre Abfallrecyclingsysteme stärker vereinheitlichen, um den negativen Auswirkungen des grenzüberschreitenden Handels auf die Umwelt entgegenzuwirken.*** |

**Änderungsantrag 26**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 22 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(22a) Trotzdem muss betont werden, dass biologischer Abbau keine wählbare Option für das Ende der Lebensdauer sein darf. Die Realität zeigt jedoch, dass einige Kunststoffprodukte unweigerlich in die Umwelt sickern werden und dass es für einige Anwendungen besser ist, Produkte zu verwenden, die durch die Wirkung von Mikroorganismen in kurzer Zeit biologisch abgebaut werden, und nicht Produkte, die über Jahrhunderte hinweg in der Umwelt verbleiben, ohne zu zerfallen. Trotzdem müssen im Hinblick auf Wiederverwendungs- und Recyclingsysteme alle erforderlichen Anstrengungen unternommen werden.*** |

**Änderungsantrag 27**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 23**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (23) Die Mitgliedstaaten sollten für den Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften dieser Richtlinie Sanktionen festlegen und sicherstellen, dass diese angewendet werden. Die Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. | (23) Die Mitgliedstaaten sollten für den Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften dieser Richtlinie Sanktionen festlegen und sicherstellen, dass diese ***den Herstellern nachdrücklich zur Kenntnis gebracht und auch*** angewendet werden. Die Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. |

**Änderungsantrag 28**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 24 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(24a) Die Kommission sollte zusammen mit den von der Europäischen Umweltagentur vorzulegenden Informationen auch die Ergebnisse der Studie des Europäischen Komitees für Normung (CEN) über eine wissenschaftlich anerkannte europäische Norm für die biologische Abbaubarkeit im Meer aufnehmen, die sowohl die im Anhang der Richtlinie aufgeführten Produkte als auch die vorgeschlagenen Alternativen gemäß Artikel 15 abdeckt.*** |

*Begründung*

*Bislang gibt es keine gemeinsamen Normen für die biologische Abbaubarkeit im Meer der unter die Richtlinie fallenden Produkte und der genannten Alternativen, die jedoch in der Maßnahme nicht ausdrücklich erwähnt werden. Es ist notwendig, mit gemeinsamen Normen für die biologische Abbaubarkeit von Produkten zu beginnen und nach gemeinsam vereinbarten Alternativen zu suchen, wobei es möglich sein muss, dass die Umweltagentur diese Daten für ihre Zusammenfassungen verwendet.*

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 25**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (25) Da die Ziele dieser Richtlinie - nämlich die Auswirkungen von bestimmten Einwegkunststoffartikeln und Fanggeräten mit Kunststoffanteil auf die Umwelt zu vermeiden und zu vermindern, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft sowie innovative Geschäftsmodelle, Produkte und Werkstoffe zu fördern, um auf diese Weise zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen - von den Mitgliedstaaten allein nicht ausreichend realisiert werden können, sondern vielmehr aufgrund des Umfangs und der Wirkung des Vorhabens besser auf Unionsebene zu verwirklichen sind, kann die Union nach dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Nach dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zum Erreichen dieser Ziele erforderliche Maß hinaus - | (25) Da die Ziele dieser Richtlinie - nämlich die Auswirkungen von bestimmten Einwegkunststoffartikeln und Fanggeräten mit Kunststoffanteil auf die Umwelt ***und die menschliche Gesundheit*** zu vermeiden und zu vermindern, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft sowie innovative Geschäftsmodelle, Produkte und Werkstoffe zu fördern, um auf diese Weise zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen - von den Mitgliedstaaten allein nicht ausreichend realisiert werden können, sondern vielmehr aufgrund des Umfangs und der Wirkung des Vorhabens besser auf Unionsebene zu verwirklichen sind, kann die Union nach dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Nach dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zum Erreichen dieser Ziele erforderliche Maß hinaus - |

*Begründung*

*Diese Änderung steht in Einklang mit Artikel 1, in dem bereits anerkannt wird, dass die Auswirkungen auf die Gesundheit Anlass zur Sorge geben.*

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 1 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Ziel dieser Richtlinie ist es, die Auswirkungen ***bestimmter Kunststoffprodukte*** auf die Umwelt, insbesondere ***das Meeresmilieu,*** und ***die menschliche*** Gesundheit zu vermeiden und zu vermindern ***und*** den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft mit innovativen | Ziel dieser Richtlinie ist es, die Auswirkungen ***und das Vorhandensein von Kunststoffen, einschließlich Mikrokunststoffen, in der und*** auf die Umwelt, insbesondere ***in Bezug auf aquatische*** und ***terrestrische Ökosysteme sowie die*** Gesundheit ***von Mensch und*** |

| | |
|---|---|
| Geschäftsmodellen, Produkten und Werkstoffen zu fördern, um auf diese Weise auch zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen. | ***Tier*** zu vermeiden und zu vermindern***,*** den Übergang zu einer ***schadstofffreien*** Kreislaufwirtschaft mit innovativen Geschäftsmodellen, Produkten und Werkstoffen zu fördern ***und bewährte Verfahren zur Verringerung von Kunststoffabfällen voranzubringen***, um auf diese Weise auch zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen. |

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 2 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Diese Richtlinie gilt für die im Anhang aufgeführten Einwegkunststoffartikel sowie für Fanggeräte mit Kunststoffanteil. | Diese Richtlinie gilt ***insbesondere*** für die im Anhang aufgeführten Einwegkunststoffartikel sowie für Fanggeräte mit ***einem erheblichen*** Kunststoffanteil. |

**Änderungsantrag 32**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) „Kunststoff“: ein Werkstoff bestehend aus einem Polymer im Sinne von Artikel 3 ***Absatz*** 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, dem möglicherweise Zusatzstoffe oder andere Stoffe zugesetzt wurden und der als Hauptstrukturbestandteil von Fertigprodukten ***fungieren kann***, ausgenommen natürliche Polymere, die nicht chemisch modifiziert wurden; | (1) „Kunststoff“: ein Werkstoff bestehend aus einem Polymer im Sinne von Artikel 3 ***Nummer*** 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, dem möglicherweise Zusatzstoffe oder andere Stoffe zugesetzt wurden und der als Hauptstrukturbestandteil von Fertigprodukten ***fungiert***, ausgenommen natürliche Polymere, die nicht chemisch modifiziert wurden***, sowie polymere Beschichtungen, Farben, Druckfarben und Klebstoffe, die nicht als Hauptstrukturbestandteil von fertigen Artikeln und Produkten fungieren können***; |

*Begründung*

*Für die Zwecke dieser Richtlinie und im Interesse einer einheitlichen Auslegung durch die Mitgliedstaaten und eines reibungslosen Funktionierens des EU-Binnenmarkts sollte „Kunststoff“ in dieser Richtlinie klar definiert werden, um unterschiedliche Auslegungen zu vermeiden.*

**Änderungsantrag 33**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1a) „Beschichtungen“: eine oder mehrere nicht selbsttragende Schichten, die unter Verwendung von Kunststoff im Sinne von Artikel 3 Nummer 1 dieser Richtlinie gefertigt wurden und auf ein Material oder einen Gegenstand aufgebracht werden, um ihm besondere Eigenschaften zu verleihen oder seine technische Leistung zu verbessern;*** |

*Begründung*

*Für die Zwecke dieser Richtlinie und im Interesse einer einheitlichen Auslegung durch die Mitgliedstaaten und eines reibungslosen Funktionierens des EU-Binnenmarkts sollte die Begriffsbestimmung für „Beschichtung“ in dieser Richtlinie auf der Grundlage der bereits in der Verordnung (EU) 2018/213 der Kommission zur Änderung der Kunststoffverordnung 10/2011 enthaltenen Begriffsbestimmung festgelegt werden.*

**Änderungsantrag 34**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) ***„Einwegkunststoffartikel“***: ein ***ganz oder teilweise aus Kunststoff bestehender*** Artikel, der ***nicht*** konzipiert, entwickelt und vermarktet wird, um ***während seiner Lebensdauer mehrere Produktkreisläufe*** zu ***durchlaufen***, ***indem er zur Wiederbefüllung oder*** | (2) ***„Einweg*:“** ein Artikel, der konzipiert, entwickelt und vermarktet wird, um ***nur einmal kurzzeitig verwendet*** zu ***werden***, ***und der auf der Grundlage einer harmonisierten Methode als ein wesentlicher Beitrag zu*** den ***in der EU festgestellten Abfällen im Meer ermittelt*** |

| | |
|---|---|
| ***Wiederverwendung zum ursprünglichen Verwendungszweck an*** den ***Hersteller zurückgegeben wird***; | ***wurde***; |

*Begründung*

*Der Begriff „Einweg“ muss klar definiert werden, um jegliche Verwirrung bei der Umsetzung der Richtlinie zu vermeiden. Außerdem muss die Begriffsbestimmung von „Einweg“ mit Meeresmüll in Verbindung gebracht werden, damit die erfassten Gegenstände diejenigen sind, die am meisten zur Vermüllung beitragen. Eine harmonisierte Methode für die Ermittlung von in der Umwelt gefundenen Artikeln ist daher ebenfalls von entscheidender Bedeutung, um für gleiche Wettbewerbsbedingungen in der gesamten EU zu sorgen.*

**Änderungsantrag 35**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) „Kunststoffartikel“: ein Artikel, der hauptsächlich aus Kunststoff besteht;*** |

**Änderungsantrag 36**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) „landwirtschaftliches Kunststoffprodukt“: jedes Stück Kunststoffmaterial oder - gerät, das verwendet wird, oder jede Kunststoffverpackung eines Produkts, das verwendet wird, um die Produktivität einer landwirtschaftlichen Fläche[1a] zu erhöhen;*** |

***[1a] landwirtschaftliche Fläche im Sinne der Verordnung (EU) 1307/2013 (oder der Verordnung [Verordnung über GAP-Strategiepläne])***

**Änderungsantrag 37**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet bis zum... ***[sechs*** Jahre nach Ablauf der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] eine ***spürbare*** Verminderung des Verbrauchs der in Teil A des Anhangs aufgeführten Einwegkunststoffartikel herbeizuführen. | Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet bis zum... ***[drei*** Jahre nach Ablauf der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] eine ***erhebliche*** Verminderung des Verbrauchs der in Teil A des Anhangs aufgeführten Einwegkunststoffartikel ***und des Angebots an solchen Artikeln*** herbeizuführen. |

**Änderungsantrag 38**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 4 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Diese Maßnahmen ***können*** nationale Verbrauchsminderungsziele ***umfassen*** sowie Maßnahmen, die gewährleisten, dass dem Endverbraucher an der Verkaufsstelle wiederverwendbare Alternativen zu diesen Artikeln angeboten werden, und Wirtschaftsinstrumente wie die Sicherstellung, dass Einwegkunststoffartikel an der Verkaufsstelle nicht kostenlos an den Endverbraucher abgegeben werden. Die Maßnahmen können je nach Umweltauswirkung der Artikel gemäß Unterabsatz 1 variieren. | Diese Maßnahmen ***umfassen*** nationale Verbrauchsminderungsziele sowie Maßnahmen, die gewährleisten, dass dem Endverbraucher an der Verkaufsstelle wiederverwendbare Alternativen zu diesen Artikeln angeboten werden, ***beispielsweise Mehrweg- und wiederverwendbare Artikel aus Glas oder Holz,*** und Wirtschaftsinstrumente wie die Sicherstellung, dass Einwegkunststoffartikel an der Verkaufsstelle nicht kostenlos an den Endverbraucher abgegeben werden***, sowie Beschränkungen für das Inverkehrbringen und Maßnahmen, mit denen die Verbraucher sensibilisiert und in die Lage versetzt werden sollen, Kunststoffverpackungen zu recyceln***. Die Maßnahmen können je nach Umweltauswirkung der Artikel gemäß |

| | |
|---|---|
| | Unterabsatz 1 variieren***, sowie je nachdem, ob gewährleistet werden kann, dass sie gesammelt und recycelt werden***. |

**Änderungsantrag 39**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 4 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Die Kommission ***kann*** einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung der wesentlichen Verminderung des Verbrauchs an Einwegkunststoffartikeln gemäß Absatz 1 ***erlassen***. Dieser Durchführungsrechtsakt wird nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 16 Absatz 2 erlassen. | 2. Die Kommission ***erlässt*** einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung der Methode für die Berechnung und Überprüfung der wesentlichen Verminderung des Verbrauchs ***und des Angebots*** an Einwegkunststoffartikeln gemäß Absatz 1. Dieser Durchführungsrechtsakt wird ***innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Richtlinie*** nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 16 Absatz 2 erlassen. |

**Änderungsantrag 40**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 5 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten verbieten das Inverkehrbringen der in Teil B des Anhangs aufgeführten Einwegkunststoffartikel. | Die Mitgliedstaaten verbieten das Inverkehrbringen der in Teil B des Anhangs aufgeführten Einwegkunststoffartikel***, unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen, fördern verfügbare nachhaltige alternative Produkte und leisten durch Forschungsprojekte einen Beitrag zur Entwicklung von alternativen Produkten***. |

**Änderungsantrag 41**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 6 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass Einwegkunststoffartikel, die in Teil C des Anhangs aufgeführt sind und deren Verschlüsse und Deckel zu einem erheblichen Teil aus Kunststoff bestehen, nur in Verkehr gebracht werden, wenn diese Verschlüsse und Deckel während der für das Produkt vorgesehenen Verwendungsdauer am Behälter befestigt bleiben. | 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass Einwegkunststoffartikel, die in Teil C des Anhangs aufgeführt sind und deren Verschlüsse und Deckel zu einem erheblichen Teil aus Kunststoff bestehen, nur in Verkehr gebracht werden, wenn diese Verschlüsse und Deckel während der für das Produkt vorgesehenen Verwendungsdauer am Behälter befestigt bleiben***, es sei denn, es wird hinreichend begründet, dass dies die Lebensmittelsicherheit und Hygiene des darin enthaltenen Lebensmittels beeinträchtigt***. |

**Änderungsantrag 42**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 6 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***2. Für die Zwecke dieses Artikels gelten Verschlüsse und Deckel mit Kunststoffdichtungen nicht als Gegenstände mit erheblichem Kunststoffanteil.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 43**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz -1 (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***-1. Aufgrund ihrer Beschaffenheit müssen die in Teil D des Anhangs aufgeführten Erzeugnisse gekennzeichnet werden, um eine unsachgemäße Entsorgung bei Einleitungen und Überläufen von*** |

***Regenwasser zu verhindern.***

**Änderungsantrag 44**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass jeder in Teil D des Anhangs aufgeführte und in Verkehr gebrachte Einwegkunststoffartikel ein deutlich sichtbares, gut lesbares und unauslöschbares Kennzeichen mit ***einer oder mehreren der*** folgenden Verbraucherinformationen trägt: | 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass jeder in Teil D des Anhangs aufgeführte und in Verkehr gebrachte Einwegkunststoffartikel ein deutlich sichtbares, gut lesbares und unauslöschbares Kennzeichen mit folgenden Verbraucherinformationen trägt: |

**Änderungsantrag 45**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) einen Hinweis auf die negativen Umweltauswirkungen des achtlosen Wegwerfens oder anderer unangemessener Entsorgungen der betreffenden Artikel ***oder*** | (b) einen Hinweis auf die negativen Umweltauswirkungen des achtlosen Wegwerfens oder anderer unangemessener Entsorgungen der betreffenden Artikel ***und*** |

**Änderungsantrag 46**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (c) ***einen Hinweis auf den Kunststoffgehalt des Artikels.*** | (c) ***die Tatsache, dass ein Artikel Kunststoff enthält.*** |

**Änderungsantrag 47**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 8 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2008/98/EG über die erweiterte Herstellerverantwortung für alle in Teil E des Anhangs aufgeführten und auf dem Markt der Union in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffartikel Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung eingeführt werden. | 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2008/98/EG über die erweiterte Herstellerverantwortung für alle in Teil E des Anhangs aufgeführten und auf dem Markt der Union in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffartikel Systeme ***oder Maßnahmen*** der erweiterten Herstellerverantwortung eingeführt werden. |

**Änderungsantrag 48**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 8 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***1a. Diese Regelungen werden auf transparente Weise erstellt, und die Kosten werden gemeinsam von den Beteiligten getragen. Dabei tragen die Hersteller zu Maßnahmen bei, die darauf abzielen, das Bewusstsein zu schärfen, die Erforschung von Alternativen zu unterstützen und die Lebensdauer der Produkte zu verlängern. Die Kommission veröffentlicht in Absprache mit den Mitgliedstaaten Leitlinien darüber, wie im Hinblick auf die Kosten der Beseitigung von Abfällen im Sinne dieses Artikels zu verfahren ist. Dabei gelangt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zur Anwendung.*** |

**Änderungsantrag 49**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 8 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|

| | |
|---|---|
| 2. ***In*** Bezug auf die gemäß Absatz 1 eingeführten Systeme tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, dass die Hersteller der in Teil E des Anhangs aufgeführten Einwegkunststoffartikel ***die*** Kosten der Sammlung der daraus entstehenden Abfälle und deren anschließender Beförderung und Behandlung tragen, einschließlich der Kosten von Säuberungsaktionen und der in Artikel 10 genannten Sensibilisierungsmaßnahmen für diese Artikel. | 2. 2. ***In*** Bezug auf die gemäß Absatz 1 eingeführten Systeme tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, dass die Hersteller der in Teil E des Anhangs aufgeführten Einwegkunststoffartikel ***alle*** Kosten ***im Zusammenhang mit*** der Sammlung der daraus entstehenden Abfälle und deren anschließender Beförderung und Behandlung tragen, einschließlich der Kosten von Säuberungsaktionen und der in Artikel 10 genannten Sensibilisierungsmaßnahmen für diese Artikel. |

**Änderungsantrag 50**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 9 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um bis 2025 90 %, nach Gewicht, aller Einwegkunststoffartikel gemäß Teil E des Anhangs, die in einem gegebenen Jahr in Verkehr gebracht wurden und zu Abfall geworden sind, getrennt zu sammeln. Um dieses Ziel zu erreichen, ***können*** die Mitgliedstaaten unter anderem | Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um bis 2025 90 %, nach Gewicht, aller Einwegkunststoffartikel gemäß Teil E des Anhangs, die in einem gegebenen Jahr in Verkehr gebracht wurden und zu Abfall geworden sind, getrennt zu sammeln. Um dieses Ziel zu erreichen, ***müssen*** die Mitgliedstaaten unter anderem |

**Änderungsantrag 51**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (a) Pfandsysteme einführen, ***oder*** | (a) Pfandsysteme einführen, ***und*** |

**Änderungsantrag 52**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) für die jeweiligen Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung Ziele für die Getrenntsammlung festsetzen. | (b) für die jeweiligen Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung Ziele für die Getrenntsammlung festsetzen. ***Dazu sollten separate Sammelpunkte für die am häufigsten verwendeten Klassen und Materialien örtlich und/oder saisonbedingt konzentrierter Abfälle von Kunststoffprodukten, insbesondere Abfälle von landwirtschaftlichen Kunststoffprodukten, gehören. Die Berechnung der Zielvorgaben sollte proportional zur Zeit ihrer Verwendung erfolgen.*** |

**Änderungsantrag 53**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 10 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um die Verbraucher von Einwegkunststoffartikeln ***gemäß Teil G des Anhangs*** und von Fanggeräten mit Kunststoffanteil über Folgendes zu informieren: | Die Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um die Verbraucher von Einwegkunststoffartikeln***, die Gegenstand dieser Richtlinie sind,*** und von Fanggeräten mit Kunststoffanteil über Folgendes zu informieren: |

**Änderungsantrag 54**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 10 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) die Auswirkungen ***achtlosen Wegwerfens*** und ***anderer unangemessener Entsorgungen dieser Artikel*** und ***Fanggeräte mit Kunststoffanteil auf die Umwelt*** und ***insbesondere das Meeresmilieu***. | (b) die Auswirkungen ***von Kunststoff auf die Umwelt*** und ***die Gesundheit von Mensch und Tier, insbesondere auf das Meeresmilieu – einschließlich Mikrokunststoffen –*** und ***den Boden, durch achtloses Wegwerfen und andere unangemessene Entsorgungen dieser Artikel*** und ***Fanggeräte mit Kunststoffanteil***. |

**Änderungsantrag 55**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 10 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(ba) Vorrang erhalten Sensibilisierungsmaßnahmen zur Verringerung der Verwendung von Kunststoff und Produkten, die Mikroplastik enthalten.*** |

**Änderungsantrag 56**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 10 – Absatz 1 – Buchstabe b b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(bb) Die Mitgliedstaaten ergreifen auch Maßnahmen, um einer kurzen Lebensdauer oder einer vorzeitigen Entsorgung von Produkten entgegenzuwirken und stellen Anreize bereit, um leichter zu recycelnde Kunststoffe zu entwickeln, Recyclingverfahren effizienter zu gestalten und gefährliche Stoffe und Kontaminanten aus recycelten Kunststoffen nachzuweisen und zu entfernen.*** |

**Änderungsantrag 57**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 10 – Absatz 1 – Buchstabe b c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(bc) Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterstützen die Kommunalbehörden, Unternehmen und Verbände bei der Durchführung von Sensibilisierungskampagnen für Verbraucher zur Verlängerung der Lebensdauer von Produkten sowie durch*** |

***Ratschläge für eine verantwortungsbewusste Entsorgung, im Einklang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4. Juli 2017 zu dem Thema „Längere Lebensdauer für Produkte“.***

**Änderungsantrag 58**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 12 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass natürliche oder juristische Personen oder deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen nach nationalen Rechtsvorschriften oder Gepflogenheiten Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einem Gericht oder einer anderen auf gesetzlicher Grundlage geschaffenen unabhängigen und unparteiischen Stelle haben, um die materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Artikel 5, 6, 7 ***und 8*** anzufechten, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: | 1. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass natürliche oder juristische Personen oder deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen nach nationalen Rechtsvorschriften oder Gepflogenheiten Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einem Gericht oder einer anderen auf gesetzlicher Grundlage geschaffenen unabhängigen und unparteiischen Stelle haben, um die materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Artikel ***4,*** 5, 6, 7***, 8, 9*** anzufechten, ***und*** wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: |

**Änderungsantrag 59**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (a) den Daten über die in Teil A des Anhangs aufgeführten und jährlich auf dem Markt der Union in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffartikel, um die Verbrauchsminderung gemäß Artikel 4 | (a) den Daten über die in Teil A ***und B*** des Anhangs aufgeführten und jährlich auf dem Markt der Union in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffartikel, um die Verbrauchsminderung gemäß Artikel 4 |

| | |
|---|---|
| Absatz 1 nachzuweisen; | Absatz 1 nachzuweisen; |

**Änderungsantrag 60**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) Informationen über die von den Mitgliedstaaten für die Zwecke von Artikel 4 Absatz 1 getroffenen Maßnahmen. | (b) Informationen über die von den Mitgliedstaaten für die Zwecke von Artikel 4 Absatz 1 ***und Artikel 5*** getroffenen Maßnahmen. |

**Änderungsantrag 61**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Daten gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a werden jährlich innerhalb von zwölf Monaten nach Ende des Bezugsjahres, für die sie erhoben wurden, aktualisiert. Soweit möglich werden für die Präsentation dieser Datensätze Geodatendienste im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2007/2/EG herangezogen. | *(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)* |

**Änderungsantrag 62**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Die Europäische Umweltagentur veröffentlicht und aktualisiert regelmäßig eine unionsweite Datenübersicht auf Basis der von den Mitgliedstaaten erhobenen Daten. Diese unionsweite Datenübersicht | 3. Die Europäische Umweltagentur veröffentlicht und aktualisiert regelmäßig eine unionsweite Datenübersicht auf Basis der von den Mitgliedstaaten erhobenen Daten. Diese unionsweite Datenübersicht |

umfasst gegebenenfalls auch Indikatoren für die Zielbeiträge (Outputs), Ergebnisse und Auswirkungen dieser Richtlinie, unionsweite Übersichtskarten und Kurzberichte der Mitgliedstaaten.

umfasst gegebenenfalls auch Indikatoren für die Zielbeiträge (Outputs) ***für jeden Mitgliedstaat***, Ergebnisse und Auswirkungen dieser Richtlinie, unionsweite Übersichtskarten und Kurzberichte der Mitgliedstaaten.

**Änderungsantrag 63**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Kommission nimmt bis zum ... ***[sechs*** Jahre nach Ablauf der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] eine Evaluierung dieser Richtlinie vor. Diese Evaluierung beruht auf den Angaben gemäß Artikel 13. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle zusätzlichen Informationen, die für die Evaluierung und Erstellung des Berichts gemäß Artikel 2 erforderlich sind. | 1. Die Kommission nimmt bis zum ... ***[drei*** Jahre nach Ablauf der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] eine Evaluierung dieser Richtlinie vor. Diese Evaluierung beruht auf den Angaben gemäß Artikel 13. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle zusätzlichen Informationen, die für die Evaluierung und Erstellung des Berichts gemäß Artikel 2 erforderlich sind. |

**Änderungsantrag 64**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 3 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (c) hinreichende wissenschaftliche und technische Fortschritte erzielt wurden und für Einwegkunststoffartikel, die in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen, und ihre Einwegsubstitutionsprodukte Kriterien oder eine Norm für biologische Abbaubarkeit im Meeresmilieu entwickelt wurden, damit bestimmt werden kann, für welche Produkte Beschränkungen des Inverkehrbringens gegebenenfalls nicht mehr erforderlich sind. | (c) hinreichende wissenschaftliche und technische Fortschritte erzielt wurden und für Einwegkunststoffartikel, die in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen, und ihre Einwegsubstitutionsprodukte Kriterien oder eine ***europäische*** Norm für biologische Abbaubarkeit im Meeresmilieu entwickelt wurden, damit bestimmt werden kann, für welche Produkte Beschränkungen des Inverkehrbringens ***oder des Verbrauchs*** gegebenenfalls nicht mehr erforderlich sind. |

**Änderungsantrag 65**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil A – Spiegelstrich 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Lebensmittelverpackungen, d. h. Behältnisse wie Boxen (mit oder ohne Deckel) für Lebensmittel, die keiner weiteren Zubereitung bedürfen und unmittelbar vor Ort aus der Verpackung heraus verzehrt oder als Take-Away-Gericht mitgenommen werden, wie Fast-Food-Verpackungen (ausgenommen Getränkebehälter), Teller sowie Tüten und Folienverpackungen (Wrappers) mit ***Lebensmittelinhalt*** | – Lebensmittelverpackungen, d. h. Behältnisse wie Boxen (mit oder ohne Deckel) für Lebensmittel, die keiner weiteren Zubereitung bedürfen und unmittelbar vor Ort aus der Verpackung heraus verzehrt oder als Take-Away-Gericht mitgenommen werden, wie Fast-Food-Verpackungen (ausgenommen Getränkebehälter), Teller sowie Tüten und Folienverpackungen (Wrappers) mit ***frischen Lebensmittelerzeugnissen für den heimischen Verzehr, sofern es keine sicheren Alternativen gibt.*** |

**Änderungsantrag 66**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil A – Spiegelstrich 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Getränkebecher | – Getränkebecher ***einschließlich Deckeln*** |

**Änderungsantrag 67**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil A – Spiegelstrich 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Einweg-Kunststoffbehälter für die Verpackung und den Transport von Agrar- und Fischereierzeugnissen*** |

**Änderungsantrag 68**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil A – Spiegelstrich 2 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | – ***Getränkeflaschen*** |

**Änderungsantrag 69**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Besteck (Gabeln, Messer, Löffel, Essstäbchen (Chopsticks) | – Besteck (Gabeln, Messer, Löffel, Essstäbchen (Chopsticks)***, außer in geschlossenen Kreisläufen, in denen Sammlung, Wiederverwendung und/oder Recycling vollkommen sichergestellt sind*** |

**Änderungsantrag 70**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Teller | – Teller***, außer in geschlossenen Kreisläufen, in denen Sammlung, Wiederverwendung und/oder Recycling vollkommen sichergestellt sind*** |

**Änderungsantrag 71**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Trinkhalme, ausgenommen Strohhalme für medizinische Verwendungszwecke | – Trinkhalme, ausgenommen Strohhalme für medizinische Verwendungszwecke ***sowie in den betreffenden Getränkebehältern*** |

***eingebaute und daran befestigte Trinkhalme***

**Änderungsantrag 72**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Polystyrol in allen Anwendungen, außer wenn für eine bestimmte Anwendung nachgewiesen werden kann, dass das Material den größten ökologischen und gesellschaftlichen Nutzen im Rahmen dieser Anwendung bietet und im Rahmen der Abfallbehandlung erfasst wird.*** |

**Änderungsantrag 73**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Oxo-abbaubare Kunststoffe in allen Anwendungen*** |

**Änderungsantrag 74**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Kunststoffhaltige Lebensmittelverpackungen oder Kontaktmaterialien, die bei der Kompostierung oder Biogasvergärung zur Belastung des Bodens mit Mikrokunststoffen beitragen, z.B. Kunststoff- oder kunststoffimprägnierte*** |

***Teebeutel***

**Änderungsantrag 75**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 d (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Sehr leichte und leichte Kunststofftragetaschen im Sinne der Richtlinie 2015/720, ausgenommen aus hygienischen Gründen für Fleisch, Fisch und Milcherzeugnisse*** |

**Änderungsantrag 76**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 e (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Verkaufsverpackungen von einzeln verpackten Süßigkeiten und Kuchen*** |

**Änderungsantrag 77**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 f (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Zuckerstangen und Lutscherstiele*** |

**Änderungsantrag 78**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil B – Spiegelstrich 6 g (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|

| | |
|---|---|
| | ***– Verkaufsverpackungen von Obst und Gemüse, die für die Aufbewahrung des Produkts nicht erforderlich sind*** |

**Änderungsantrag 79**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil C – Spiegelstrich 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Getränkebehälter, d. h. Behältnisse, die zum Bevorraten eines Getränks verwendet werden, wie Getränkeflaschen einschließlich Verschlüssen und Deckeln | – Getränkebehälter, d. h. Behältnisse, die zum Bevorraten eines Getränks verwendet werden, wie Getränkeflaschen einschließlich ***Etiketten,*** Verschlüssen und Deckeln ***sowie Einwegkunststoffbehälter mit Deckel für Salate, Joghurt und Obst*** |

**Änderungsantrag 80**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil D – Spiegelstrich 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Feuchttücher, d. h. getränkte Vlieslappen für Körperhygiene, Haushaltspflege und industrielle Zwecke | – Feuchttücher, d. h. getränkte Vlieslappen für Körperhygiene, Haushaltspflege und industrielle Zwecke ***mit Kunststoffanteil*** |

**Änderungsantrag 81**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil D – Spiegelstrich 3 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– in der Landwirtschaft eingesetzte Kunststoffe, die auf lokaler oder nationaler Ebene erheblich zur Verschmutzung der Umwelt durch Kunststoff beitragen und bei denen die Sammelquoten unter 90 % liegen*** |

**Änderungsantrag 82**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil E – Spiegelstrich 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Lebensmittelverpackungen, d. h. Behältnisse wie Boxen (mit oder ohne Deckel) ***für Lebensmittel***, die keiner weiteren Zubereitung bedürfen und unmittelbar vor Ort aus der Verpackung heraus verzehrt oder als Take-Away-Gericht mitgenommen werden, wie Fast-Food-Verpackungen (ausgenommen Getränkebehälter), Teller sowie Tüten und Folienverpackungen (Wrappers) mit Lebensmittelinhalt | – Lebensmittelverpackungen, d. h. Behältnisse wie Boxen (mit oder ohne Deckel)***, die dafür entworfen und bestimmt sind, am Verkaufspunkt mit Lebensmittels befüllt zu werden***, die keiner weiteren Zubereitung bedürfen und unmittelbar vor Ort aus der Verpackung heraus verzehrt oder als Take-Away-Gericht mitgenommen werden, wie Fast-Food-Verpackungen (ausgenommen Getränkebehälter), Teller sowie Tüten und Folienverpackungen (Wrappers) mit Lebensmittelinhalt**.** |

**Änderungsantrag 83**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil E – Spiegelstrich 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Getränkebehälter, d. h. Behältnisse, die zum Bevorraten eines Getränks verwendet werden, wie Getränkeflaschen einschließlich Verschlüssen und Deckeln | – Getränkebehälter, d. h. Behältnisse, die zum Bevorraten eines Getränks verwendet werden, wie Getränkeflaschen einschließlich ***Etiketten,*** Verschlüssen und Deckeln |

**Änderungsantrag 84**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil E – Spiegelstrich 4 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Verschlüsse und Deckel mit Kunststoffanteil*** |

**Änderungsantrag 85**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil E – Spiegelstrich 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Feuchttücher, d. h. getränkte Vlieslappen für Körperhygiene, Haushaltspflege und industrielle Zwecke | – Feuchttücher, d. h. getränkte Vlieslappen für Körperhygiene, Haushaltspflege und industrielle Zwecke ***mit Kunststoffanteil*** |

**Änderungsantrag 86**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil E – Spiegelstrich 8 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– in der Landwirtschaft eingesetzte Kunststoffe, z. .Folien für geschützten Anbau, Mulch- und Silofolien, Be- und Entwässerungsleitungen, Säcke und Behälter für Vorprodukte, die auf lokaler oder nationaler Ebene erheblich zur Verschmutzung der Umwelt durch Kunststoff beitragen*** |

**Änderungsantrag 87**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil E – Spiegelstrich 8 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– Einweg-Kunststoffbehälter für die Verpackung und den Transport von Agrar- und Fischereierzeugnissen*** |

**Änderungsantrag 88**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil F – Spiegelstrich 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– in der Landwirtschaft eingesetzte Kunststoffe, die auf lokaler oder nationaler Ebene erheblich zur*** |

| | |
|---|---|
| | ***Verschmutzung der Umwelt durch Kunststoff beitragen, darunter Abfälle von landwirtschaftlichen Kunststoffprodukten wie Platten oder Folien für den geschützten Anbau, Mulch- und Silofolien, Anti-Hagel- oder Schädlingsschutznetze, Be- und Entwässerungsleitungen, Säcke und Behälter für Vorprodukte, Ballengarn, Düngemittel und Verpackungen für Düngemittel und Agrochemikalien verwendet werden.*** |

**Änderungsantrag 89**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil G – Spiegelstrich 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| – Getränkebehälter, d. h. Behältnisse, die zum Bevorraten eines Getränks verwendet werden, wie Getränkeflaschen einschließlich Verschlüssen und Deckeln | – Getränkebehälter, d. h. Behältnisse, die zum Bevorraten eines Getränks verwendet werden, wie Getränkeflaschen einschließlich ***Etiketten,*** Verschlüssen und Deckeln |

**Änderungsantrag 90**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Anhang I – Teil G – Spiegelstrich 9 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***– in der Landwirtschaft eingesetzte Kunststoffe, die auf lokaler oder nationaler Ebene erheblich zur Verschmutzung der Umwelt durch Kunststoff beitragen*** |

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

| | |
|---|---|
| **Titel** | Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt |
| **Bezugsdokumente - Verfahrensnummer** | COM(2018)0340 – C8-0218/2018 – 2018/0172(COD) |
| **Federführender Ausschuss**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | ENVI<br>11.6.2018 |
| **Stellungnahme von**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | AGRI<br>5.7.2018 |
| **Verfasser(in) der Stellungnahme**<br>Datum der Benennung | Bronis Ropė<br>10.7.2018 |
| **Datum der Annahme** | 1.10.2018 |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +: 37<br>–: 3<br>0: 3 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | John Stuart Agnew, Clara Eugenia Aguilera García, Eric Andrieu, Richard Ashworth, Daniel Buda, Nicola Caputo, Matt Carthy, Jacques Colombier, Michel Dantin, Paolo De Castro, Albert Deß, Diane Dodds, Jørn Dohrmann, Herbert Dorfmann, Norbert Erdős, Luke Ming Flanagan, Karine Gloanec Maurin, Esther Herranz García, Jan Huitema, Martin Häusling, Peter Jahr, Ivan Jakovčić, Jarosław Kalinowski, Philippe Loiseau, Mairead McGuinness, Nuno Melo, Giulia Moi, Ulrike Müller, James Nicholson, Maria Noichl, Marijana Petir, Bronis Ropė, Maria Lidia Senra Rodríguez, Czesław Adam Siekierski, Tibor Szanyi, Marco Zullo |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Franc Bogovič, Michela Giuffrida, Elsi Katainen, Anthea McIntyre, Momchil Nekov, Molly Scott Cato, Vladimir Urutchev, Thomas Waitz |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)** | Renata Briano |

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| 37 | + |
|---|---|
| ALDE | Jan Huitema, Ivan Jakovčić, Elsi Katainen, Ulrike Müller |
| ECR | Zbigniew Kuźmiuk, Anthea McIntyre, James Nicholson |
| GUE/NGL | Matt Carthy, Luke Ming Flanagan, Maria Lidia Senra Rodríguez |
| NI | Diane Dodds |
| PPE | Richard Ashworth, Franc Bogovič, Daniel Buda, Michel Dantin, Albert Deß, Herbert Dorfmann, Norbert Erdős, Esther Herranz García, Peter Jahr, Jarosław Kalinowski, Nuno Melo, Marijana Petir, Czesław Adam Siekierski, Vladimir Urutchev |
| S&D | Clara Eugenia Aguilera García, Eric Andrieu, Nicola Caputo, Paolo De Castro, Michela Giuffrida, Karine Gloanec Maurin, Momchil Nekov, Maria Noichl, Tibor Szanyi |
| Verts/ALE | Bronis Ropė, Molly Scott Cato, Thomas Waitz |

| 3 | - |
|---|---|
| EFDD | John Stuart Agnew |
| ENF | Jacques Colombier, Philippe Loiseau |

| 3 | 0 |
|---|---|
| ECR | Jørn Dohrmann |
| EFDD | Giulia Moi, Marco Zullo |

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung